

LEITARTIKEL

Arbeiten sollte sich für alle lohnen

Wer länger arbeitet, soll mehr davon haben: Das ist kurz und prägnant die Forderung von Wirtschaftskammer-Chef Christoph Leitl – untermauert von Zahlen des Pensionsexperten Bernd Marin. Sprich: Wer länger arbeitet, sollte 25 Prozent seiner fiktiven Pension zusätzlich zum Gehalt ausbezahlt bekommen. Das würde sich auch für die Unternehmen rechnen, denn ein weiteres Viertel würde als Lohnzuschuss an die Betriebe gehen und die Pensionsversicherung würde sich eine Menge Geld sparen.

Schönes Zusatzzuckerl für die älteren Arbeitnehmer: Je länger sie arbeiten, umso mehr steigt natürlich die letztendliche Pensionshöhe. Berechnete Kostenersparnis für den Staat laut Marin: 277 Millionen € netto pro Jahr. Das ist immerhin die Hälfte der Familienförderung, ein erklecklicher Betrag nicht nur in Zeiten enger Budgets. Schauen wir uns die gegenwärtige Situation im Detail an:



**Automatis-
men haben
das System
starr und
unflexibel
gemacht**

**ESTHER
MITTERSTIELER**
esther.
mitterstieler@
wirtschaftsblatt.at

70 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher gehen vor dem gesetzlichen Pensionsalter in den Ruhestand. Der Grund: Es lohnt sich nicht, länger zu arbeiten, weil Zu- und Abschläge gedeckelt sind. Kosten für den Staat insgesamt: 12,2 Milliarden € pro Jahr. Hier zu fordern, ein leistungsfreundliches Prinzip einzuführen, ist eine gute Idee. Wobei sie nur der erste Schritt in die richtige Richtung sein kann. Das über die Jahre starr gewordene Gehalts- und Entlohnungssystem müsste insgesamt reformiert werden. Wer sagt, dass es automatische Biennalsprünge geben muss/soll? Das führt eben – wie Hannes Androsch anmerkt – nicht zur Gleichung: Gleiche Arbeit für gleichen Lohn, sondern vielmehr: Je länger ein Arbeitnehmer im System ist, umso teurer wird er. Mit den wieder automatischen Zusatzfolgen, dass

ältere Arbeitnehmer nur zu oft und zu gerne von Unternehmen durch jüngere und billigere ersetzt werden – mit verheerenden Auswirkungen auf die staatlichen Finanzen.

Marin hat Recht, wenn er eine „Flexipension“ nach schwedischem Modell fordert. Nicht der Staat soll allein die Bürde tragen, die Menschen sollten flexibler agieren dürfen – anhand transparenter Pensions-Zeitkonten. No na, dass die Hacklerregelung weg gehört und privilegierte Pensionen von Politikern angezapft gehören. In einem Modell, das Marin für den Managementclub erarbeitet hat, zeigt sich noch ein schöner Zusatzeffekt: Es würden Jobs für die Gruppe 55 plus entstehen. Es wäre also eine mehrfache Win-Situation für alle Seiten, wenn wir endlich das Pflänzchen Eigeninitiative mit Leistung groß werden ließen.